

# Bettler auf "La Défense" oder Partner in "Covent Garden"?

Jetzt, da die Wahl der Regierung für den Standort des Museums für zeitgenössische Kunst definitiv auf Fort Thungen gefallen zu sein scheint, ist vielleicht der Moment gekommen, eine kritische Bilanz der Kulturpolitik der Juncker-Regierung im historischen Kulturjahr zu ziehen. Dies aufgrund einer subjektiven Analyse der Auseinandersetzung um das Pei-Museum und einer objektiven Begutachtung des Kulturbudgets für das kommende Jahr.

1995: ein kleines Land entdeckt die weite Welt der Kultur. Neben einer dichten Serie von Spektakeln standen 1995 zwei Fragen im Mittelpunkt der kulturpolitischen Debatten: die Einschätzung, ob das Kulturjahr nun ein Erfolg ist oder nicht, und die hitzige Kontroverse um den Standort des Zentrums für zeitgenössische Kunst. Eine Bilanz des Kulturjahres zu ziehen erscheint etwas verfrüht, jedoch kann bereits jetzt relativ objektiv, nämlich anhand der Zahlen des 96er Kulturbudgets, eingeschätzt werden, ob das Kulturjahr Spuren im kulturellen Bewußtsein der Luxemburger Budgetpolitik hinterlassen hat. Die Kontroverse um den CAC-Standort möglichst wahrheitsnah wiederzugeben ist für einen direkt Implizierten unsäglich schwierig. Sicherlich nicht frei vom Stigma der Befangenheit möchten wir trotzdem versuchen, möglichst sachlich die subjektiven Erkenntnisse und objektiv nachvollziehbare Fakten in Form von 9 Thesen und einem Postskriptum zusammenzufassen.

## 1. Kunst? Tapete für offizielle Zeremonien!

Was Kritiker des Pei-Projektes von Anfang an befürchtet hatten, ist seit der neuerlichen Entscheidung für das Modell Pei IV auf Fort Thungen nicht mehr zu leugnen. Es wurde dem damaligen Premier Santer stets nachgesagt, ihm ginge es bei dem übertriebenen Pei-Mausoleum lediglich um eine repräsentative Fassade für offizielle Zeremonien und um den Schutz des eigenen Denkmals.

In der Zwischenzeit erhärtet sich der Verdacht, daß es weniger Jacques Santer als vielmehr Robert Goebbels war und ist, der in einem übertriebenen Fanatismus das Prestige-Projekt auf Gedeih und Verderb durchboxen möchte. Diesem Senkrechstarter in der Luxemburger Politik, kulturell kaum vorbelastet, geht es erst in zweiter Linie um Kunst, das Hauptmotiv scheint das eigene Denkmal zu sein. Goebbels erklärte das in seiner entwaffnend freimütigen Art klipp und klar bei der Eröffnung der Herbstmesse: die Regierung, im Klartext also Goebbels, möchte nicht bloß als Erbauerin von Autobahnen oder Mülldeponien in die Geschichte eingehen, sondern dem Land auch eine kulturelle Hinterlassenschaft bescheren. O vanitas vanitatis, kann da nur jeder halbwegs vernünftige Mensch sagen. Doch anscheinend ist ab einer bestimmten Höhe in den Sphären der Politik für rationales Handeln nicht mehr genug Sauerstoff vorhanden.

Die Annahme, Kunst habe in den Hallen des Pei-Baus lediglich die Funktion einer Tapete oder die von Orientierungspunkten für Cocktail-Gäste wird durch die Tatsache bestätigt, daß noch immer kein inhaltliches Konzept für das "Centre National d'Art Contemporain", wie das Unding heuer großspurig heißt, vorliegt. Nachdem das erste Konzept Ceysson durch die reduzierten Ausmaße hinfällig geworden war, war lange Zeit unklar, ob denn noch das alte Konzept gelte oder nicht. Tatsache ist jedenfalls, daß das neue Pei-Projekt lediglich die Errichtung von Mauern und Glassstrukturen begreift, das inhaltliche Konzept für den zusammengestauchten Bau erst ex post beim Designer des Casinos in Auftrag gegeben wurde.

Ein weiteres Indiz für das mangelnde Interesse an zeitgenössischer Kunst ist die fehlende Aquisitionspolitik seit 1990. Da ja das Projekt eines Zentrums für zeitgenössische Kunst zu keinem Zeitpunkt definitiv aufgegeben worden war, wäre es für eine motivierte Regierung ein Leichtes gewesen, jedes Jahr ein paar Millionen für ein Aquisitionsbudget auszugeben. Nach fünf Jahren hätte sich so schon eine stattliche Sammlung in den Kellern des Fischmarkter Museums angehäuft, die die For-

derung nach adäquaten Räumen eher untermauert hätte als die Aussicht auf leere Pei-Treibhäuser ohne attraktive Kunstobjekte.

## 2. Standort: Pei does it for pay

Lange Zeit blieb in der Diskussion unklar und umstritten, ob es nun der amerikanische Stararchitekt Pei sei, der auf dem Standort Thungen beharre oder die Regierung. Immer wieder wurde behauptet, die Regierung könne nicht anders, weil Pei auf dem Standort "Dräi Eechelen" bestehen würde und für andere Versionen nicht zur Verfügung stünde. Daß es letztlich nur die Regierung war, die auf Fort Thungen als Standort bestand, offenbarte die Kultusministerin in einer Ausschußsitzung des Parlamentes Anfang Juli, wo sie klar machte, daß Pei das tun würde, was sein Auftraggeber ihm vorschreibt.

Als Ende September die letzte Version des Pei-Projektes, "Pei-light", vorgestellt wurde, konnte man sich einerseits des Eindrucks nicht erwehren, daß Pei diese ummodelierte Version erst im Flugzeug oberflächlich studierte hatte. Der große alte Baumeister hatte nur eine vage Ahnung von den Kürzungen in seinem ursprünglichen Projekt, und es war unmißverständlich, daß es ein paar Mitarbeiter seines Büros waren, die rasch auf dem Computer-Bildschirm das Facelifting des Pei-Monsters bewerkstelligt hatten.

Für das Architektenbüro Pei und Partner hat sich der computergesteuerte Schrumpfungdesign sicherlich gelohnt. Zwar verzichtet Pei großzügig auf 15% des Honorars, da ja ein Teil der Vorarbeiten schon durch die 160 Mio. fürs erste Projekt abgedeckt sind. Doch bleiben laut "contrat type d'architecture" mindestens 114 Mio. zusätzliches Honorar für "Pei-light". Dafür kann man schon ein paar Tage lächelnd durch Luxemburg spazieren.

Andererseits fiel unangenehm auf, daß die Aussagen von Pei und von Goebbels über den terminlichen Ablauf ihrer Konsultationen und über die Einschätzung der dritten

Alternative "Helleg Geescht" sonderbar auseinandergingen. Pei behauptete wiederholt, er sei bereits im April kontaktiert worden, also noch bevor Juncker beteuerte, die Regierung habe keinerlei Vorliebe für einen bestimmten Standort. Goebbels bestritt das jeweils energisch. Was die anfänglich von Frau Polfer vorgeschlagene und ursprünglich von Pei aufgegriffene Option für das Heilig-Geist-Plateau angeht, so hatte man trotz gegenteiliger Beteuerungen den Eindruck, Pei verschweige seine intime Überzeugung über den aufgrund geringerer Dimensionen wieder tauglich gewordenen Standort, um Goebbels nicht zu brüskieren: his master's voice!

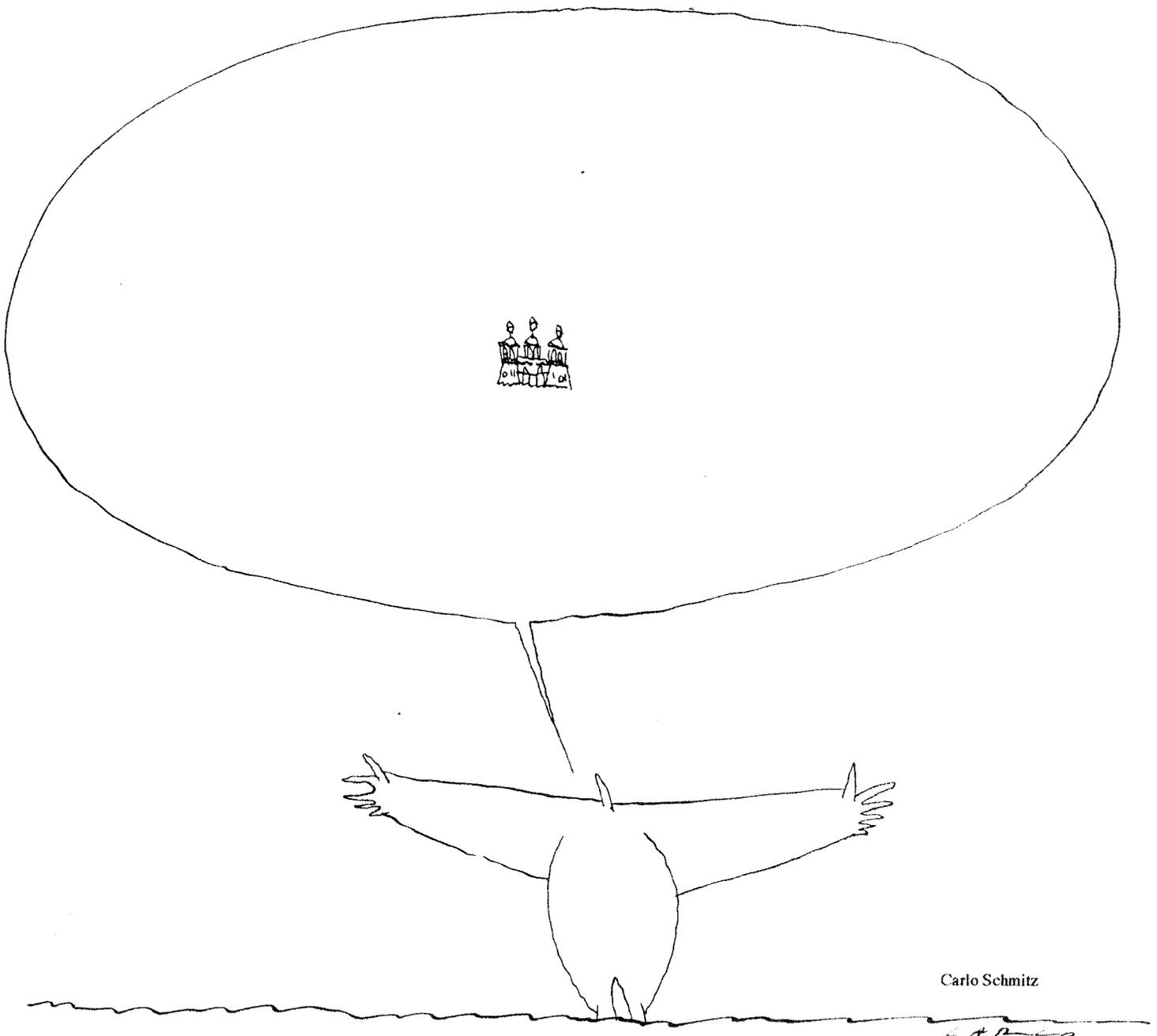
### 3. Jegliche Alternative wird ignoriert

Über seine Einschätzung der Alternative der sog. "Rotondes" konnte der darauf angesprochene Architekt sich nicht äußern, da die Regierung ihn offensichtlich nicht über die Existenz dieses seit Februar auf dem Tisch liegenden Projektes informiert hatte. Streng genommen war das ja nicht ihre Aufgabe, doch elementare Fairness hätte zumindestens geboten, dem Architekten die Gründe für seinen zweiten "Light"-Auftrag darzulegen.

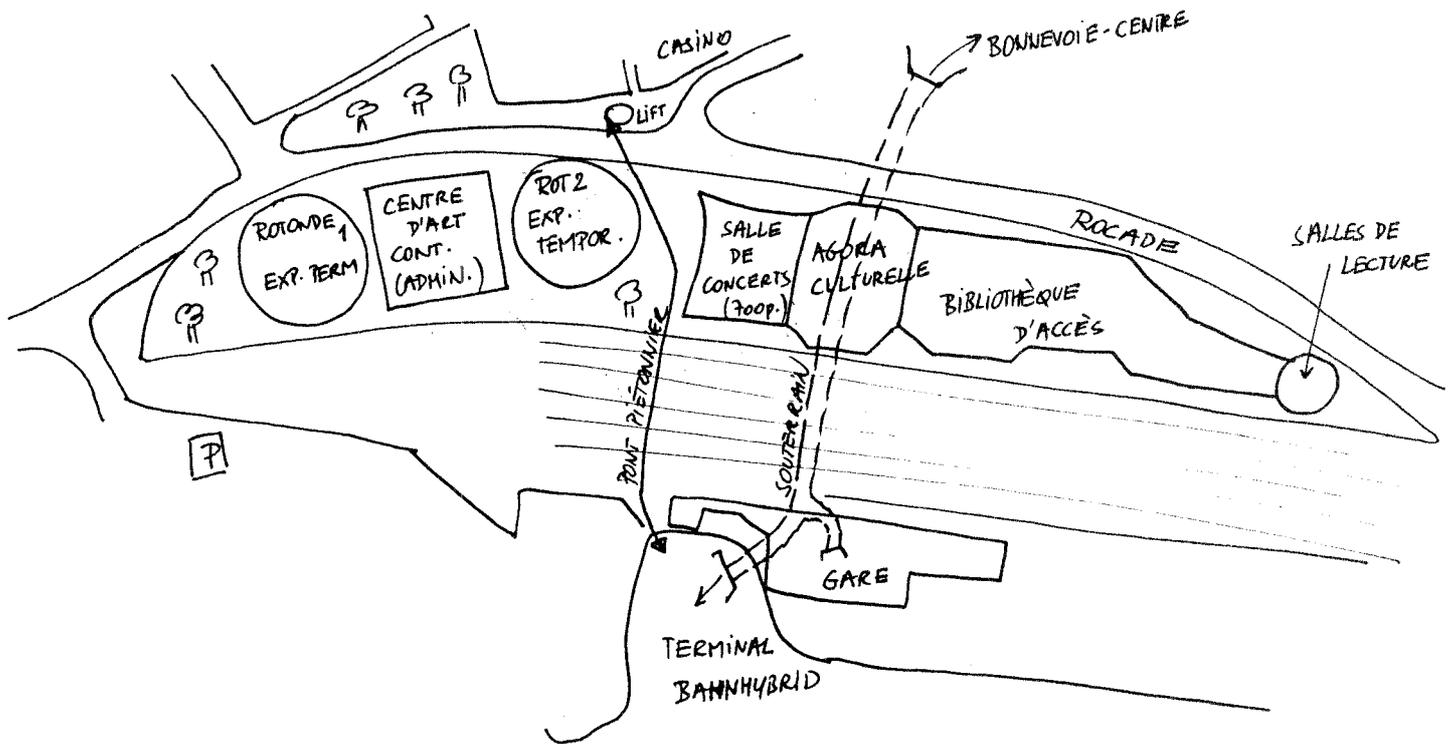
Doch Fairness ist genau das, was man spätestens seit der Rotondes-Thungen-Kontroverse seitens der Verantwortlichen vermi-

ßt. Von Anfang an wurde von der Regierung mit gezinkten Karten gespielt. Während am 4. Mai Premier Juncker in seiner Regierungserklärung großzügig verkündete, die Regierung sei noch auf keinen Standort fixiert, liefen die Telefone zwischen dem Bautenministerium und dem Pei-Büro bereits heiß. Als am 8. Mai der Abgeordnete, der das Rotondes-Projekt vorgeschlagen hatte, mit seinem Architekten der Kulturministerin die Pläne für den Rotonden-Umbau vorstellte, hatten die idealistisch beseelten Herren bereits den Eindruck, die Ministerin interessiere sich nur aus Höflichkeit für ihr Ansinnen.

Wollte man angesichts dieser doch sehr sonderbaren Vorgeschichte nicht das möglicherweise ungerechte Urteil fällen, ein-



Carlo Schmitz



zelle Regierungsmitglieder würden wesentlich die Wahrheit verschleiern, oder gar die Volksvertreter belügen, so muß man bei der Vermutung bleiben, in der Regierung habe ein hehres Durcheinander bezüglich der Marschrichtung in Sachen Kunstzentrum geherrscht.

Der Gesetzesvorschlag über die Einrichtung des Museums für zeitgenössische Kunst in den beiden "Rotondes" der CFL, der Anfang Februar dieses Jahres vorgelegt wurde, war der erste Testballon, den die Opposition in den blauen Himmel geschickt hatte, den der frischgebackene Premier unter dem Stichwort "neue Streitkultur" versprochen hatte. Daß dieser Testballon gleich ohne Kriegserklärung und ohne Konfliktlösungskultur abgeschossen wurde, läßt weitere Entwicklungen im Stil der Juncker-Ära erahnen.

Während der monatelangen Auseinandersetzungen um den Standort für das CAC brachte es die Regierung nicht einmal fertig, auch nur ein einziges sachliches Argument gegen die "CALM-Variante" anzubringen. Dabei waren selbst den Verfechtern einige stichhaltigen Vorbehalte eingefallen - Einbindung in die Stadtviertel, Nähe des Verkehrslärms, Beleuchtungsprobleme in den Rotonden, usw. -, doch nicht einmal für technische Argumente reichte die Phantasie der Regierung.

Deshalb mußte ein Vorwand her, der sich groteskerweise als hochpolitischer Zündstoff erwies. Anläßlich einer Unterredung des Rotondes-Promotors mit seinem Architekten bei der CFL-Direktion, die am 6. April stattfand, hatten die CFL-Verant-

wortlichen Schneider und Molitor noch bekräftigt, daß eine Rotonde kurzfristig zur Verfügung stünde und die zweite halt nach einem Bau des neuen "Centre de maintenance" der Bahn frei würde. Bautenminister Goebbels übte daraufhin Druck auf die vom Staat abhängige CFL aus, so daß diese Herren dem Bautenminister Goebbels brieflich bestätigten, die Rotonden stünden derzeit nicht zur Verfügung.

Dabei wurde im Nachhinein bekannt, daß der Bau des neuen Wartungszentrums der CFL, Voraussetzung für den zweiten Vorschlag "CALM" für eine neue Nationalbibliothek und einen Konzertsaal auf dem Bahnhofsgelände, seit 1993 beschlossene Sache ist und nur aufgrund fehlender Geldmittel nicht in Angriff genommen wird. Da dieser Bau mindestens so wichtig ist wie der Ausbau des Findels, der noch mehr kostet, gerät nun die Regierung unter Beschuß der Gewerkschaften, die dringlichst auf dem Bau des Zentrums bestehen. Doch in Erwartung einer Entscheidung muß der Sachzwang als einziges, entscheidendes Argument gegen die Rotondes-Variante dienen.

Es ist nicht auszuschließen, daß die Regierung, wenn erst einmal das Pei-Projekt im Parlament abgesegnet ist, plötzlich Geldmittel für das CFL-Wartungszentrum zur Verfügung stellt. In dem Fall wird sicherlich ein erneutes Tauziehen zwischen den abenteuerlichsten Vorschlägen für die Nutzung der Rotondes, vom überdeckten Gemüsemarkt über ein Eisenbahnmuseum bis hin zu einer Multimedia-Stätte, ansetzen. Ob bis zur endgültigen Entscheidung

die angeschlagenen Bauwerke nicht in Schutt und Asche gefallen sind, läßt sich mit Sicherheit nicht sagen.

#### 4. Zentrifugaler Urbanismus

Es kann natürlich nicht bestritten werden, daß in denkmalpflegerischer Hinsicht die vorläufig letzte Pei-Version gegenüber der zerstörerischen Gigantomanie des ursprünglichen Projektes einiges an Fortschritten gebracht hat. Die Argumente der Denkmalschützer sind schwächer geworden. Und da sie es waren, die vor allem die Widerstandsfront der Pei-Gegner ausmachten, wird die Regierung nunmehr ein leichteres Spiel als vorher haben. Zudem schwanken die Pei-Gegner zwischen einem harten Ablehnungskurs und einer vorsichtigen Öffnung für Kompromisse, die manchen zu weit gehen, auf jeden Fall in taktischer Hinsicht nicht gerade sehr geschickt wirken.

Doch das stärkste Argument, das die Befürworter der Bahnhof-Lösung in ihrer zähen Entschlossenheit (die im übrigen dem Bautenminister kräftig auf die Nerven geht) bestärkt hat, ist auch jetzt nicht vom Tisch. Die scheinbar auf die Nutzung von Gebäuden für kulturelle Zwecke reduzierte Kontroverse ist stellvertretend für eine entscheidende landes- und stadtplanerische Orientierung ins nächste Jahrtausend hinein. Schematisch betrachtet stehen sich zwei grundlegend verschiedene Optionen gegenüber:

## Pei vs. Rotondes: eine Chronologie

Juli 1994: in der Regierungserklärung von Jacques Santer wird der Bau eines Zentrums für zeitgenössische Kunst bekräftigt

Januar 1995: die neue Regierung Juncker hält am CAC-Projekt fest

8. Februar 1995: die Grünen legen einen Gesetzesvorschlag über die Installierung des Museums in den Rotondes in Bonneweg vor

4. Mai 1995: in seiner Erklärung zur Lage der Nationen sagt Premier Juncker, die Regierung sei auf keinen Standort fixiert, möchte aber mehr Funktionen in einem Komplex vorsehen

11. Mai 1995: die Grünen tragen dem Vorschlag des Premier Rechnung und weiten ihr Rotondes-Konzept auf eine "Cité de l'Art, du Livre et de la Musique -CALM" aus

31. Mai 1995: die Minister Goebbels und Schoepges legen das Investitionsprogramm fest, darunter auch den neuen Pei-Auftrag

1. Juni 1995: laut Goebbels erste Kontaktaufnahme mit Pei (Pei selbst spricht von April!)

13. Juni 1995: Diskussion über den "CALM"-Vorschlag im Parlament. Goebbels beharrt auf Standort Thungen

15. Juni 1995: dritter Gesetzesvorschlag der Grünen: Schutz des Fort Thungen durch Einrichtung eines Festungsmuseums

21. September 1995: Vorstellung des Pei-light Projektes im Parlament im Beisein von Mr. I.M. Pei

9. Oktober 1995: auf Nachfrage der Grünen Besichtigung der "Dräi Eechelen" durch den Kulturausschuß des Parlamentes

11. Oktober 1995: Vorstellung einer ILReS-Umfrage über Kulturinfrastrukturen mit vernichtendem Urteil über das Pei-Projekt.

- die zentrifugale Stadtentwicklung, wie sie seit der Erschließung des Kirchberger Plateaus betrieben wird;

- eine schwindende Option für eine zentripetale Stadterneuerung, die aufgrund verfehlter Infrastruktur- und Verkehrspolitik immer illusorischer wird.

Zur zentrifugalen, d.h. nach äußerer Expansion orientierten Stadtentwicklung könnten Seiten kritischer Anmerkungen gefüllt werden. Stichwortartig seien hier die großen Trends skizziert:

\* Seit der Erschließung des Kirchberger Plateaus durch die "Rote Brücke" im Jahr 1963 entwickelt sich das weiträumige Areal zusehends zu einer Art "La Défense" Luxemburger Prägung. Doch im Gegensatz zur Pariser Business-Exklave verfügt Kirchberg nicht über ein Hinterland mit Millionen Arbeitsplätzen und Bewohnern. Sollen hier einmal 40.000 Menschen wohnen und arbeiten, so bedeutet das im Klartext, das die Substanz der Stadt mit ihren weniger als 80.000 Einwohnern immer mehr ausgesaugt werden wird. Ein florierendes Geschäfts- und Wohnviertel Kirchberg, während die Stadt zusehends zur Bronx degeneriert? Verlockende Perspektive für Luxemburg!

\* Die Erschließung des Kirchbergs steht aber auch für eine skandalös undemokratische und intransparente Art der Stadt- und Landesplanung. Durchgezogen wird das gigantische Vorhaben von einem Urbanisierungsfonds, der sich im Laufe der Jahre fast vollständig der Kontrolle durch Staat,

Gemeinde und Parlament entzogen hat. Der Vorsitzende glänzt allenthalben durch Funktionen in anderen Fonds, der Messgesellschaft etc, etc. Überall begegnet man denselben Architekten, Planern und Technokraten. Und daß hier auch noch das Utopolis, das nationale Sportzentrum, Open-air-Konzerte, Einkaufstempel ange-lockt werden, ist sicherlich kein Zufall.

\* Die Erschließung des Kirchberg für große Wohnviertel steht für ein unharmonisches Zusammenkitten sozial völlig unabhängiger Kontexte und erinnert an die berühmten Trabantenstädte, die in den sechziger Jahren rund um die europäischen Großstädte entstanden waren. Hier soll künstliche Wohnqualität geschaffen werden, während gewachsene Stadtviertel wie Bonneweg oder Limpertsberg entweder gettoisiert oder vom mittleren Dienstleistungssektor langsam entvölkert werden.

\* Schließlich setzt die Expansion der Stadt rund um die Autobahnkreuze und Umgehungsstraßen unwiderrufliche Akzente in Richtung des "tout automobile". Entgegen der Versicherungen verschiedener Politiker ist es unmöglich, sich zwischen den Knotenpunkten auf Kirchberg ohne Pkw fortzubewegen.

Doch die eher wünschenswerte zentripetale Stadtentwicklung, d.h. die Rückkehr zu einem belebten und zugleich besiedelten Stadtkern, wird heuer durch die flagranten Sünden der Vergangenheit beinahe unmöglich gemacht:

\* der Kahlschlag gewachsener Stadtstrukturen zugunsten der Bankpaläste hat irreversible Schäden an der Substanz des Stadtlebens hinterlassen,

\* die Geschäftsleute mit ihrem selbstmörderischen Parkhaus-Wahn tragen das ihre dazu bei, die Stadt immer weniger attraktiv für die Bürger zu machen,

\* der anhaltende Verkehrssoj mit privaten Verkehrsmitteln sorgt ständig für verstopfte Straßen und spürbare Umweltbelastungen,

\* die Stadtfucht des Bürgertums hat das Zentrum in eine Wohnwüste verwandelt, wo immer weniger Menschen eine oft nur zeitweilige Unterkunft suchen,

\* schließlich hat die irrsinnige Spekulation dazu geführt, daß weder kleiner oder mittlerer Handel noch eine repräsentative Bevölkerung sich auf Dauer im Stadtkern halten können.

Eine Reaktivierung der zentripetalen Stadtentwicklung erfordert leistungsstarke Katalysatoren. Kulturinfrastrukturen könnten zwar nicht der einzige Anstoß, so doch ein wichtiger Vorreiter der Reaktivierung der Stadtkultur sein. Was im Londoner Zentrum das Kultur-Areal Covent Garden bewirkt hat, wäre auch für Luxemburg wünschenswert, auch wenn Fehlentwicklungen nicht ausgeschlossen sind.

## 5. Exklusivität für den Autoverkehr

Eng mit der städteplanerischen Orientierung verknüpft ist natürlich die verkehrspolitische Option der beiden konkurrierenden Kulturkonzepte. Gerade zu einem Zeitpunkt, wo das Bahnhybrid-Konzept allgemein akzeptiert scheint, müßte die Bonneweg-Bahnhof-Variante doch die besten Trümpfe haben.

Man stelle sich die Idealsituation im Jahre 2001 einmal bildlich vor: Durch das realisierte Bahnhybrid ist das Verkehrsaufkommen in Luxemburg-Stadt dabei, sich mehr und mehr vom Individualverkehr auf Schiene und Bus zu verlagern. Vor dem Bahnhof ist ein großer Tramterminal gebaut worden, wo im 10-Minuten-Takt modernste Tramwagen Tausende von Passagieren befördern. Gleichzeitig wurde die Frequenz der Vorortzüge erhöht, und die Anbindung an Querverbindungen mit städtischen Bussen ist stark verbessert worden.

Der Souterrain unter den Gleisen des Bahnhofs reicht nunmehr vom Tram-Terminal unter der zurückgebauten Rodeade

bis nach Bonneweg, dessen Geschäftszentrum mit dem der "Gare" verbunden ist und dank intensiver Verkehrsberuhigung einen dynamischen Aufschwung erfahren hat. Wo sich heute noch die CFL-Werkstätten erstrecken, strahlt die von einer Architektin erbaute "Cité de l'Art, du Livre et de la Musique" in postmodernem Glanze. Gegenüber der Bahnhofshalle ist nun durch das Souterrain eine "Gare Culturelle" zu erreichen. Dort wimmelt es von Menschen, meistens Jugendlichen, die entweder in den Kulturboutiquen lümmeln oder rechts in die neue Nationalbibliothek strömen, wo die Werke direkt zugänglich sind. Manche ziehen vielleicht einen Besuch im multimedialen Zentrum vor, andere werden sich um 19 Uhr in der links gelegenen Musikhalle einfinden, wo Luxemburger Rockgruppen gerade ein Konzert geben. Das ist natürlich besonders günstig, denn die Jugendlichen finden in der Regel noch einen günstigen Zug nach Hause.

Ruhiger gehts in den Rotonden zu, wo das Zentrum für zeitgenössische Kunst eingerichtet ist. Auf der mit Skulpturen geschmückten Esplanade spazieren einige Rentner aus Bonneweg, in der zweiten Rotunde findet gerade ein Kunst-Happening statt.

Nach 19 Uhr strömen weitere Massen in Richtung Boulevard d'Avanches. Nach dem Flop auf Kirchberg ist hier kürzlich das Utopolis mit 20 Kinosalen eingezogen. Rund um das Lichtspieltheater haben sich Kneipen und Restaurants vermehrt, so daß das Garer Viertel wieder im alten Kino- und Kneipenglanz erstrahlt... Nun ja, Träumen wird ja wohl noch erlaubt sein?

Leider ist zur Zeit die Variante des "tout automobile" auf Kirchberg wahrscheinlicher. Zwar soll auch hier eine Tram-Linie hin. Doch wer uns glaubhaft machen will, daß man sich hier ohne weiteres zu Fuß bewegen werde, unterschätzt die Distanzen im Eurokraten-Viertel, wohl weil er ihn bisher nur mit dem Auto durchquert hat. Allen Kreidefressern zum Trotz kann niemand ernsthaft behaupten, die geplanten kulturellen, sportlichen und kommerziellen Einrichtungen könnten ohne übertriebenen Aufwand mit einem anderen Verkehrsmittel als dem Auto erreicht werden.

Der CALM-Vorschlag für ein ausgedehntes und anziehendes Kulturzentrum zwischen Bonneweg und dem Bahnhofsviertel würde eine erste einschneidende Maßnahme gegen die urbanistische Fliehkraft aus Luxemburg-Stadt darstellen. Ein kultureller Magnet am Knotenpunkt aller

Bahnverbindungen, aller Bahnhybrid-Trassen und der meisten Busverbindungen des Landes, die Wiederbelebung eines heruntergewirtschafteten Stadtbereichs, die Wiedereingliederung von marginalen Stadtvierteln in das städtische Leben, das ist eine dem Kirchberg-Konzept diametral entgegengesetzte Idee, die den Boykott der herrschenden Planer geradezu herausfordert.

## 6. Ein eigenartiges Kulturverständnis

Über eine weitere Grundhaltung der Regierung in Sachen Kulturpolitik gibt das Hinundher der letzten Monate definitiven Aufschluß. Bereits seit der Übernahme des Ressorts durch die CSV war eine Abkehr von der Kultur von unten, wie sie vom Pionier Robert Krieps gefördert wurde, deutlich zu spüren. Doch während bei der aufgeschlossenen Frau Jacobs noch so etwas wie kultureller Pluralismus zu spüren war, so scheint die Kulturpolitik unter der ehemaligen Musiklehrerin Erna Schoepges sich wieder in gehobenere und geschlossener Gefilde zu bewegen. Übernahme des RTL-Orchesters, ein Saal für klassische Musik, gehobene Festivalsphäre, Pei-Museum, ... Wenn erst einmal der Querkopf von Frisoni weg vom Fenster ist, ist Kultur wieder das elitäre Freizeitvergnügen, das es früher war. Damit wird der Graben zwischen der Aufbruchstimmung in der Krieps-Ära und der neoeleitären Kulturpolitik der 90er Jahre definitiv unüberwindbar.

---

### **Der CALM-Vorschlag für ein ausgedehntes und anziehendes Kulturzentrum zwischen Bonneweg und dem Bahnhofsviertel würde eine erste einschneidende Maßnahme gegen die urbanistische Fliehkraft aus Luxemburg-Stadt darstellen.**

---

Doch Opposition regt sich im politischen Bereich nahezu keine. Ziemlich grotesk nimmt sich die Haltung der anderen Regierungspartei LSAP in dieser leidigen Angelegenheit aus. Immerhin war es ein sozialistischer Kulturminister, der den Begriff der Kultur in Luxemburg überhaupt hoffähig gemacht hatte, und jahrelang waren Sozialisten bei kulturellen Innovationen federführend. Doch in der Zwischenzeit scheint Kultur bei der LSAP in der Gefriertruhe der Junckerschen Austeritätsskü-

che zwischengelagert zu sein. Seitdem die kulturell interessierten Kollwelter, di Bartolomeo und Angel nicht mehr in der Kulturkommission des Parlamentes agieren, ist auf der roten Kulturwelle Funkstille. Nachdem Lydia Mutsch in einem "Land"-Interview das völlige Fehlen einer kulturpolitischen Diskussion in ihrer Partei beklagt hatte, verwunderte es kaum, das kürzlich der Generalrat der LSAP ohne große Grundsatzdebatte Genosse Goebels Position vorbehaltlos übernahm. Robert Krieps wird sich im Grab umdrehen.

## 7. Hypotheken für die Zukunft

Die nunmehr wahrscheinlicher gewordene Realisierung des Pei-Projektes auf Fort Thungen bringt zumindest zwei Hypotheken für die nächsten Jahre mit sich:

- Wie bei der Vergabe der Subsidien im Rahmen des Kulturjahres schälen sich auch in der staatlichen Infrastrukturpolitik die großen Leitlinien der offiziellen Politik heraus: je größenwahnsinniger, also teurer, und je angepaßter, sprich unbedenklicher, das Unterfangen, desto großzügiger fließt der öffentliche Geldhahn. Bei der Vergabe von Subventionen tat sich die Asbl des Kulturjahres schwerer mit bescheidenen Forderungen kleiner Organisationen als mit großspurig aufgezogenen Projekten kommerziell versierter Kulturmanager. Wer kaltschnäuzig mit einem Mammutprojekt blufft, bei dem die Form den Inhalt in den Hintergrund drückt, hat die besten Chancen, die Kulturfunktionäre zu überzeugen.

- Zweitens wird natürlich die finanzielle Hypothek des Pei-Projektes nicht zu unterschätzen sein. Dabei sei mal von den Baukosten abgesehen. Die Summe von 2,6 Milliarden - 30% geringer als Pei I - wird über das Garantiegesetz aufgebracht und über die Privatbeamten-Pensionskasse abgesichert. Man kann, aufgrund z.B. der Erfahrungen beim Bau des naturhistorischen Museums, getrost jede Wette eingehen, daß bei der angestrebten Eröffnung am 1. Januar des Jahres 2000 - mit Feuerwerk zur Jahrtausendwende - die Baukosten sich auf mindestens 4-5 Milliarden erhöht haben werden. Es sind jedoch die Folgekosten, die noch schwerer in der Kulturpolitik zu Buche schlagen werden. Ohne auf Spekulationen über latente Defekte, die Stahlkonstruktion nach Pei'scher Rezeptur erwiesenermaßen aufweisen, einzugehen, kann davon ausgegangen werden, daß ein einigermaßen angemessener Betrieb ein Jahresbudget in der Höhe von 100 bis 200 Mio. erfordern wird.

## Nur 18% für das Pei-Museum auf Dräi Echelen

Auch durch Schrumpfungmaßnahmen hat das Pei-Museum nicht an Popularität gewonnen. Das zeigt eine am 12. Oktober veröffentlichte ILReS-Umfrage. Wenn es nach dem Willen einer Mehrheit von befragten LuxemburgerInnen ginge, würden in der Infrastrukturpolitik für kulturelle Bauten gänzlich andere Prioritäten gesetzt als das Beharren auf einem Pei-Prunkbau auf Dräi Echelen. Anfang Oktober führte das Meinungsforschungsinstitut ILReS eine repräsentative Umfrage im Auftrag einer Reihe von Vereinigungen durch. Trotz der Befangenheit der Auftraggeber wurde die Umfrage nach strikt neutralen Kriterien durchgeführt, auch auf suggestive Fragen wurde verzichtet.

### Festungsmuseum 52%, Pei 18%

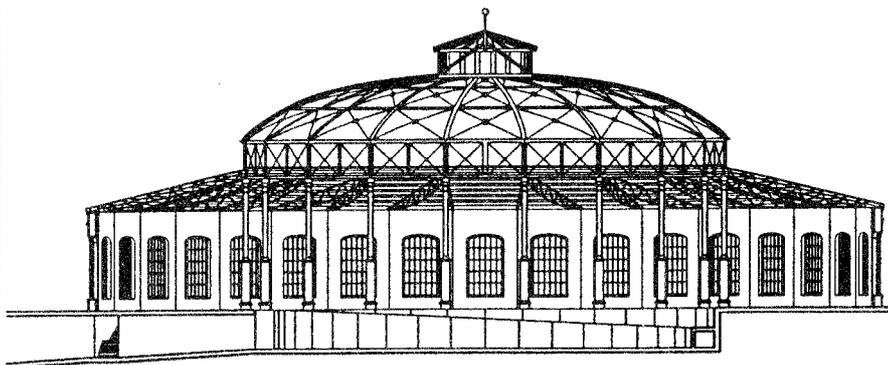
Kernaussage der Umfrage ist die Antwort auf die Frage: "Fir de Moment gët vill gestriden iwwer d'Zukunft fun den Dräi Echelen. Di eng fannen, daß soll e Musée fir zeitgenössesch Konscht, de sog. Pei-Musée gebaut gin, di aner fannen, daß do an de Maueren vum Fort Thungen soll e Festungsmusée agericht gin. Wann Dir elo misst entschieden, géif Dir dann op Dräi Echelen... ?" Die Antwort fiel recht deutlich aus. Während 52% der Befragten sich für das Festungsmuseum aussprachen, standen nur 18% dem Pei-Projekt positiv gegenüber. Für eine Kombination beider Projekte mochten sich erstaunlicherweise gar nur 3% erwärmen lassen.

Trotz der intensiven Propaganda für den Schrumpf-Pei, die gerade in der Umfrage-Woche gelaufen ist, ist das natürlich ein vernichtendes Resultat, besonders wenn man sich vor Augen führt, daß die Reduktion der Kosten, der Dimensionen und der Eingriffe in historisches Mauerwerk die CAC-Altlast in einem besseren Licht erscheinen ließ als noch Monate vorher.

### Rotondes 48%, Kirchberg 32%

Weniger deutlich fiel die Antwort auf die komplexere Gegenüberstellung im städteplanerischen Kontext aus. Auf die Frage, ob sie der Package-Lösung Kirchberg - Pei, Musikhalle, Buchhalle in Industriezone - oder dem Konzept CALM - Rotondes, Bibliothek und Konzertsaal am Bahnhof - den Vorzug geben würden, gaben 48% der Bahnhof-Lösung den Vorzug gegenüber immerhin 32% für den Kirchberg.

Allerdings deutet die Feinanalyse hier darauf hin, daß bei dem Paradox, 18% für Pei und 32% für Kirchberg, ein Mangel an Information mitgespielt haben kann. Gerade bei den Alterskategorien, die als am besten informiert gelten können, ist der Unterschied Rotondes-Kirchberg besonders ausgeprägt. Für die Tatsache, daß der Rotondes-Vorschlag seit Juni völlig aus den Medien verschwunden ist, ist das Ergebnis doch deutlich genug, um die Befürworter der City-Variante in ihrer Überzeugung zu bestärken.



### 74% Priorität für die Nationalbibliothek

Ein weiteres interessantes Ergebnis der Umfrage ist die Prioritätenliste in der Infrastrukturpolitik. Über die Notwendigkeit des Baus oder Ausbaus von verschiedenen Kulturinfrastrukturen befragt, sprachen sich 74% prioritär für die Nationalbibliothek aus, danach kommen der Saal für klassische Musik (69%), die Rockhalle (62%), der CAC (59%) und das Festungsmuseum mit 55%, wobei hier natürlich je nach Altersstruktur starke Divergenzen auftreten. Dieses Ergebnis dürfte Herrn Christophory freuen, der sich beim konsequenten Einsatz für sein Institut das Mißfallen seiner Vorgesetzten eingeholt hat und der nunmehr den Rücken gestärkt bekommt. Außerdem ist dies ein weiteres Argument für die "CALM"-Lösung am Bahnhof: dieses Projekt sieht ja den Bau einer neuen, öffentlich zugänglichen Bibliothek vor, während die Regierung ja nur eine Lagerhalle für Bücherberge bauen will.

Demgegenüber würde beispielsweise ein einmaliger staatlicher Zuschuß von 100 Mio. ausreichen, um in der Stadt Esch ein dichtes Netz von originellen Kulturinstitutionen - Theater, Schluechthaus, Terre Rouge, Ellergonn - finanziell auf die Gleise zu setzen und dieser wieder erwachten Stadt eine regionale Kulturausstrahlung verleihen. Doch die Regierung zieht ein paar Nullen mehr im Kostenaufwand vor, und, um es mit Konstantin Wecker zu sagen, "mit Nullen davor".

## 8. 1996: schlanker Kulturstaat

Wenn man Herr über die subventionierte Presse und Meister über rethorisches Talent ist, fällt es einem leicht, unwidersprochen und mit verblüffender Nonchalance Unwahrheiten in die Welt zu setzen, die daraufhin zum Allgemeinplatz werden. So geschehen im Juli dieses Jahres, als Premierminister Juncker bei der Vorstellung des 96er Etats stolz verkündete, man habe es mit einem Budget im Zeichen der Kultur zu tun. In der Tat steigt der Kulturretat von 882 Mio. im Jahr 1995 auf 986 Mio im nächsten Jahr, also 104 Mio. mehr. Zieht man nun in Betracht, daß 1995 wegen des Kulturjahres 204 Mio. mehr - 120 Mio. für die asbl "Ville Européenne" und 84 für die staatlichen Kulturinstitute - als in einem normalen Jahr ausgegeben wurden, so steigt die Differenz gar auf beeindruckende 308 Mio, immerhin ein Drittel mehr gegenüber der "vitesse de croisière".

Allerdings wird die Freude bei näherem Hinschauen rasch gedämpft. Neu hinzu kommen im Budget 1996 stolze 225 Mio. für die Übernahme des ehemaligen RTL-Orchesters, 4 Mio. für die Archivierung der CLT-Aufnahmen im CNA und 30 Mio. für die "Bildergalerie" (taz) des Casino. Bleibt unter dem Strich ein Plus von 45 Mio, also rund 5%, was in etwa der budgetären Norm entspricht. Von diesen 45 Mio. gehen nun 15 Mio. in Gehälter, so daß unter dem Strich 30 Mio. mehr gegenüber einem normalen Jahr herauskommen, gegenüber dem Kulturjahr ein Minus von 100 Mio. Am stärksten betroffen sind die Nationalbibliothek und das kunsthistorische Museum, wo der geringe Zuwachs vorwiegend auf spezifischen, technischen Aktionen, wie Katalogisierung, beruht. Erschreckend ist, daß abgesehen von dem erfreulichen Anstieg der Subventionen für Kulturaktivitäten von 32 auf 40 Mio (obwohl hier überprüft werden müßte, ob es sich hierbei nicht um Transfers von anderen Posten auf diesen Budgetartikel handelt), vor allem die finanzielle Unterstützung von kulturellen Eigenaktivitäten der

Kommunen, der Organisationen und der Bevölkerung im allgemeinen stagniert bzw. zurückgeht. Man hätte sich erwarten können, daß zumindestens ein angemessener Anteil der Gelder, die im Rahmen des Kulturjahres an die sog. "forces vives" geflossen waren, in Form von Projekt-Kofinanzierungen, Konventionen oder Subventionen aufrechterhalten und so das quantitativ hohe Niveau von 1995 im darauffolgenden Jahr nicht ins Bodenlose fallen lassen würde. Doch nichts in dem Sinne ist geschehen, und man kann nunmehr unbefangen von Rückfall in die frühere kulturelle Bescheidenheit sprechen.

Das Gravierende ist nun aber die Tatsache, daß es sich bei den 225 Mio. für das ehemalige RTL-Orchester keineswegs um eine neue kulturelle Aktivität handelt. Bei diesem Beitrag, plus den 4 Mio. für die Tonarchivierung, handelt es sich um Aktivitäten, die bisher von der CLT durchgeführt und bezahlt wurden. Insgesamt 23% (!) des 1996er Kulturbudgets sind demnach nationalisierte Altlasten einer privaten Firma. Es kann also wieder einmal festgestellt werden, daß die Regierung auch hier, wie bei der Post oder der Bahn, ganz im Trend der Zeit liegt: Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert.

Der angekündigte Höhenflug der Luxemburger Kulturpolitik beginnt also mit einem spektakulären Fehlstart. Doch wie geht der Jungfernflug des Kulturluftschlosses weiter? Man kann nun eine Extrapolation auf die Entwicklung des Kulturbudgets innerhalb der nächsten Jahre riskieren. Bis zur Jahrtausendwende sollen ja mindestens drei Kulturinstitute hinzukommen: das Museum für zeitgenössische Kunst, die Konzerthalle für klassische Musik und das fast schon vergessene Kulturzentrum in der Abtei Neumünster. Weitere angekündigte Mehrausgaben werden der staatliche Beitrag zur Rockhalle und die aufwendige "Dezentralisierung" der Nationalbibliothek sein. Es ist ja kaum zu erwarten, daß das Kulturbudget in kommenden, zuweilen als "Entschlackungsjahre" angekündigten Zeiten stärker steigen wird als im Gefolge eines Kulturjahres. Stellt man die jährlichen Betriebskosten des Pei-Museums aufgrund internationaler Erfahrungen mit mindestens 200 Mio. und die des Neumünster-Zentrums mit mindestens 100 Mio. in Rechnung, so kann man voraussehen, daß sowohl den übrigen Instituten als auch den unabhängigen Kunstschaftenden und Organisationen harte Zeiten bevorstehen. Und dabei ist von der Reform des Musikunterrichts, der Unterstützung freischaffender KünstlerInnen, usw., usf. noch nicht einmal die Rede.

## 9. Survival in hard times

Welches Fazit kann nun aus dieser Analyse des Pei-Projektes im Kontext des Kulturjahres und der staatlichen Kulturförderungs politik gezogen werden. Für uns ist es ganz eindeutig: das Kulturjahr war nicht das erwünschte Sprungbrett - "année tremplin" -, das die Luxemburger Kulturszene nach den ungeahnten Höhen des Festivaljahres auf einer akzeptablen Hochebene künstlerischer Aktivität halten würde. Der Schnitzer einer Tageszeitung, die weiland das "année tremplin" mit Trampolin-Jahr übersetzt hatte, erweist sich im Nachhinein als prämonitorischer Lapsus.

---

**23% des 1996er  
Kulturbudgets sind  
nationalisierte Altlasten einer  
privaten Firma.**

---

Wenn man nun das leicht abzusteckende Terrain der Infrastrukturpolitik verläßt und sich auf den widersprüchlichen Boden der Akteure und Akteurinnen des Luxemburger Kulturlebens wagt, so wird der Grad der Vergiftung des Klimas in seiner ganzen Tragweite deutlich. Galten Kulturschaffende und sozio-kulturelle Organisationen früher als Nörgeler par excellence, so herrscht heute Ruhe im Land. Äußern sich Künstler am Tresen noch vernichtend über Pei und Co., so wird nach außen hin abwartende Ruhe gewahrt. Auch von den Vereinigungen und Vereinen hört man im Kulturjahr wenig: sind sie mit den mehr oder weniger hohen Subventionen für eine Zeit ruhiggestellt? Und die Leiter der Kulturinstitute, die nun um ihre Budgets bangen müssen? Allenthalben hört man ferne Echos von Klagemauern, doch seit der Verzweiflungsaktion des Direktors der Nationalbibliothek ist auch hier "Schweigen der Lämmer" die Devise.

Die Abspeisung der einheimischen Kulturschaffenden mit zumeist doch recht bescheidenen Krümeln aus dem großen Kuchen des Kulturjahres scheint zumindest bewirkt zu haben, daß die Aussicht auf milde Gaben die Hungerrevolten der brotlosen Künstler im Keim erstickt haben. Ein recht zweifelhaftes Resultat des Jahres aller Kulturen!

## 10. Postskriptum: Bettler statt Partner

Jenseits der kulturspezifischen Aspekte unserer Überlegungen sollte nicht darauf

verzichtet werden, ein grundlegendes und höchst bedenkliches Phänomen in den Beziehungen zwischen Regierenden und ziviler Gesellschaft hervorzuheben.

In der sog. "Postmoderne" schien es seit einiger Zeit eine Selbstverständlichkeit geworden zu sein, daß sich Regierende und außerparlamentarische Kräfte nicht mehr nur als Kontrahenten gegenüberstehen, sondern ihre gegensätzlichen Positionen in harten, aber fairen Auseinandersetzungen austragen. Partnerschaft statt Klassenkampf heißt die Devise der Regierenden, die auf planetaren Konferenzen zwischen Rio, Kopenhagen und Peking feierlich bekräftigt wird. In den parlamentarischen Demokratien schien man erkannt zu haben, daß die Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen und aktiven Bürgern und Bürgerinnen, auch wenn sie den Staat und die Institutionen kritisch begleiten, nicht mehr behindert, sondern als wertvoller Beitrag zur politischen Kultur gefördert werden sollten. Machiavellistische Politiker unterstützen daher die zivile Gesellschaft gerade so stark, daß sie ein interessantes Aktivitätsniveau und einen hinreichend produktiven Input in die Demokratie garantieren, ohne allerdings für die eingesessenen Machtstrukturen gefährlich zu werden. In diesem abgeschwächten Konsens-Modell ist zumindest ein offener Dialog und eine fruchtbare Streitkultur möglich. Das Wichtigste aber ist, das in solch einem Kooperationsmodell die "civil society" und die "forces vives" nicht mehr als Bettler an die Regierenden herantreten, sondern als Partner in einer Beziehung, die für beide Seiten gewinnbringend ist.

Die neo-autoritäre Kurskorrektur im Bereich der Kultur, aber auch in anderen Sektoren, ist nur ein Indiz dafür, daß das Luxemburger Konsens-Modell definitiv den Bach eines zweifelhaften Zeitgeistes hinuntergeht. Sicher, der schwammige Konsensualismus à la Santer erweist sich im Nachhinein nicht gerade förderlich für die Kreativität, die Phantasie und die Streitkultur im Musterlände. Doch wer Streitkultur mit Kraftproben verwechselt, wo es immer nur einen Gewinner und viele Verlierer geben soll, sät eine trügerische Ruhe auf den Schlachtfeldern, auf denen er seine vermeintlichen Feinde besiegt zu haben glaubt. Und werden sich die besiegten Krieger erst einmal bewußt, daß sie vom großzügigen Triumphator nichts als Almosen zu erwarten haben, kann die Ruhe rasch in eine reichlich unerwünschte Form der Streitkultur umschlagen. Auch eine originelle Leistung des Kulturjahres!

**Robert Garcia**